

Junge Menschen sind plural, engagiert und politisch wie selten zuvor. Das zeigt sich im täglichen Engagement in Gruppen, Verbänden und Initiativen, in der Freizeit und an der Schule sowie bei zahlreichen kleinen und großen kulturellen und politischen Aktionen.

Junge Menschen sind gleichzeitig die größten Verlierer*innen der Corona-Pandemie. Ihre Rechte und ihre Entwicklungsmöglichkeiten wurden und werden sehr stark eingeschränkt. Daran änderte auch die Zusage weiterer Teile der Politik, die Interessen junger Menschen wieder verstärkt in den Blick zu nehmen, nichts. Junge Menschen werden weiterhin sowohl in der Gestaltung ihrer Freizeit als auch bei der Ausübung ihres politischen Engagements erheblich behindert.

Sehr deutlich wurde dies zuletzt bei den Protesten zur IAA in München. Bei den beteiligten jungen Menschen musste der Eindruck entstehen, dass für die IAA alles möglich gemacht wurde, während ihre Proteste deutlich erschwert wurden.

z.B. Genehmigung:

Die Gegenproteste zur IAA mussten zum Teil den Rechtsweg nutzen, um überhaupt Genehmigungen für ihre Aktivitäten zu erhalten, während die IAA-Aussteller und die Messe München frühzeitig Zusagen erhielten und langfristig planen konnten.

z.B. Hygienekonzept:

Die Hygienevorgaben für das AntiIAA-Camp auf der Theresienwiese waren ungleich höher als die Anforderungen für die IAA-Aussteller.

z.B. Polizei:

Im Zuge der Anreise zum Camp wurden über 300 Personenkontrollen von der Polizei getätigt, was eine einschneidende Behinderung der Aktionen darstellte.

Daher fordert der KJR "care culture statt car culture" – jugendliche Interessen müssen gehört und politisches Engagement ermöglicht und nicht verhindert werden. Die Ausschusssitzung zur IAA ist selbst bestes Beispiel dafür: eine Anhörung der Camp-Orga, der Münchner Zivilgesellschaft oder der Protestbündnisse ist nicht vorgesehen. Eine demokratische Auseinandersetzung um ein Konfliktthema wie die IAA muss aber mit allen demokratischen Akteur*innen erfolgen.

Sonst bleibt festzustellen: Die Interessen von Messe München und Wirtschaftsverbänden werden offenbar höher bewertet als die Interessen und die demokratischen Rechte junger Menschen.